

»Steuern sind zum Steuern da«



Ein ökologisch gerechtes Mehrwertsteuersystem, das zwischen Bio- und Nichtbioprodukten unterscheidet, könnte die Umweltkosten einpreisen und nachhaltigen Lebensmitteln und Waren Wettbewerbsfähigkeit verleihen. Minou Yussefi-Menzler hat mit Frithjof Rittberger gesprochen, der mit dieser Idee an die Öffentlichkeit gegangen ist.

Ö&L: Herr Rittberger, Sie sind Pastor und kein Steuerexperte. Dennoch fordern Sie seit Mitte 2015 mit einer Petition eine ökologische Mehrwertsteuerreform¹. Was genau verbirgt sich hinter Ihrer Idee?

- ▷ **Frithjof Rittberger:** Das derzeitige Mehrwertsteuersystem ist ökologisch ungerecht. Es benachteiligt nachhaltige Produkte, obwohl sie weniger Umweltfolgekosten verursachen. Daher möchte ich, dass nachhaltige Lebensmittel und Produkte weniger besteuert werden als umweltschädliche. Für pflanzliche biologische Lebensmittel sollen sieben Prozent gelten, für konventionelle dagegen 14 Prozent. Die Mehrwertsteuer für Biofleisch soll ebenfalls bei 14 Prozent liegen, für konventionelles Fleisch ist der Spitzenwert von 19 Prozent vorgesehen. Bei der Mehrwertsteuer ist die Idee, dass die bislang extern anfallenden Kosten nunmehr den Produkten aufgeladen werden: Die Hersteller, die gleich auf nachhaltige Produktion setzen, sollen durch den geringeren Endverkaufspreis faire Marktchancen erhalten und die anderen sollen über den Endverkaufspreis nicht mehr für umweltbelastende Produktion subventioniert werden. Dadurch entsteht ein Anreiz, die Umweltkosten einzupreisen. Insgesamt würden sich die Umweltkosten voraussichtlich verringern und die Folgen wären nicht so unbeherrschbar wie bisher. Zudem würden die Preise von Lebensmitteln dann die wahren Kosten widerspiegeln.

Schon lange wird darüber diskutiert, Mehrwertsteuersätze so umzubauen, dass nachhaltige Produkte und Dienstleistungen bessergestellt werden. Sie sind jedoch der Erste, der eine Unterscheidung in Bio und Nichtbio vornimmt. Warum?

- ▷ Zunächst einmal ist das nicht ganz korrekt. Neben ähnlichen Empfehlungen des Wuppertal Instituts hat auch Udo Schuldt in seiner Internet-Gemeinschaft „Klimaschutz-Netz“ bereits

2011 einen komplexeren Vorschlag zur Umgestaltung der Mehrwertsteuer gemacht, der ebenfalls eine Unterscheidung in Konventionell und Bio in Betracht zieht.² Auch das EU-Parlament hat durch eine Resolution die Kommission aufgefordert, eine Reform der Mehrwertsteuer anhand von Nachhaltigkeitskriterien zu prüfen. Da wurde vermutlich auch an das EU-Biosiegel als Kriterium gedacht. Aber zurück zu Ihrer Frage: Wenn man unterschiedliche Steuersätze einführt, braucht man klare Kriterien, die nachvollziehbar sind. Das EU-Biosiegel bietet rechtsverbindliche Vorgaben, ein Kontrollsystem und Sanktionen im Falle von Nichteinhaltung. Es ist für jeden verwendbar, der die Regeln einhält. Es stellt also ein wettbewerbsfähiges Kriterium dar, dem alle gerecht werden könnten.

Und warum wählen Sie das Mittel „Mehrwertsteuer“?

- ▷ Sie wäre ein guter Einstieg in einen für eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft wichtigen Paradigmenwechsel: dass Steuern auch zum Steuern da sind. Der große Vorteil ist, dass die Mehrwertsteuer nicht wettbewerbsverzerrend wirkt, da sie für einheimische Waren genauso gilt wie für importierte. Detailmaßnahmen wie beispielsweise die Einführung einer Stickstoffabgabe eines Landes, einer Pestizidabgabe eines anderen Landes und einer CO₂-Steuer durch ein drittes würden lauter wettbewerbsverzerrende Maßnahmen ergeben, sobald etwas exportiert oder importiert wird. Die Mehrwertsteuer trifft alle Güter und Dienstleistungen innerhalb eines Landes gleichermaßen. Sie ist dadurch marktwirtschaftlich besser begründbar und durch ihre Ausdehnung auf

¹ Siehe kurzlink.de/Campact-Petition

² Siehe kurzlink.de/Klimaschutz-Netz

unterschiedliche Produktbereiche auch glaubwürdiger. Darüber hinaus ist es ein positives Signal, denn so eine Öko-mehrwertsteuer wäre eine Belohnung für eine nachhaltige Produktion. Das hat Auswirkungen bis hin zur Werbung, denn nachhaltige Produkte können dann als günstiger beworben werden. Die meisten Menschen kaufen nun mal das, was am günstigsten ist. Es wird Zeit, dass umweltfreundliche Produkte zumindest steuerlich günstiger sind und sich der Preisabstand zu den konventionellen Waren verringert.

Lebensmittel werden derzeit grundsätzlich mit nur sieben Prozent versteuert, damit sie sich jeder leisten kann. Sehen Sie eine Anhebung da nicht grundsätzlich als Widerspruch?

- ▷ Wenn es daran läge, dass ein unterschiedlicher Mehrwertsteuersatz über das Sich-leisten-Können oder Sich-nicht-leisten-Können entscheiden würde, dann wäre das ein gewichtiges Argument. Aber dem ist ja nicht so. Die Lebensmittelkosten sind im Verhältnis zu anderen Konsumausgaben längst nicht mehr so hoch wie in den 50er-Jahren. Zudem sind Lebensmittel in Deutschland vielfach billiger als in anderen EU-Ländern. Außerdem wären auch billige Lebensmittel mit dem 19-prozentigen Mehrwertsteuersatz nach wie vor relativ günstig. Davon abgesehen wird die Höhe staatlicher Leistungen für Bedürftige auch regelmäßig auf veränderte Kosten für Lebensmittel angepasst. Und nicht zu vergessen: Viele Menschen möchten sich Biolebensmittel leisten – diese Produkte würden dann durch ein umfangreicheres Angebot sogar noch günstiger werden, wie man heute in Discountern ja schon sehen kann, in denen Bionudeln bereits billiger sind als konventionelle. Von daher würde eine Mehrwertsteuererhöhung eine Entlastung des Geldbeutels bei den Biolebensmitteln bedeuten. Eine weitere Entlastung ergibt sich dadurch, dass eine Mehrwertsteueranpassung auch in anderen Bereichen ökologische Produkte bevorzugt, wie zum Beispiel bei Kleidung oder Strom. Diese Güter würden dann ebenfalls billiger werden.

Sie fordern darüber hinaus auch, Fleisch mit dem höchsten Steuersatz von 19 Prozent zu versehen. Welche Rückmeldungen haben Sie hierzu erhalten in einem Land, dessen Bürger durchschnittlich 60 Kilogramm davon pro Jahr verzehren?

- ▷ Anfang September hat sogar der Agrarbeirat der Bundesregierung genau diese Maßnahme empfohlen, wenn auch nur im Blick auf den CO₂-Ausstoß. In sozialen Medien wird so etwas natürlich gerne aufgegriffen. Eine Rückmeldung erhalte ich insbesondere von denen, die dafür sensibilisiert sind und das gut und interessant finden. Von daher habe ich nur wenig kritische Rückmeldungen bekommen. Dies könnte sich in einer breiteren politischen Diskussion natürlich ändern. Es wurde allerdings angeregt, dass die Spreizung stärker sein könnte, also Biofleisch auch mit sieben Prozent versteuert werden sollte. Ich bin dann den Kompromissweg gegangen und habe für Biofleisch 14 Prozent angesetzt, weil einfach der Gesamtaufwand und der Ressourcenverbrauch deutlich hö-

her sind, vom ethischen Aspekt des Fleischverzehens mal abgesehen. Allerdings war mir eben wichtig, dass eine ökologische Fleischerzeugung besser gestellt sein muss als die konventionelle, weil dort weniger Gülle und Antibiotika eingesetzt werden und mit importiertem Kraftfutter sehr viel verantwortungsvoller umgegangen wird.

Ihre Petition wurde von circa 6 000 Menschen unterzeichnet – Sie haben in Umweltkreisen eine gewisse Bekanntheit erlangt. Haben Sie Ihr Ziel erreicht?

- ▷ Die Petition habe ich im Internet auf der Campact-Plattform „We act“ gestartet, wo jeder Petitionen einstellen kann. Es ist keine Bundestagspetition, bei der 50 000 Unterschriften in einer bestimmten Zeit benötigt werden, um vom Petitionsausschuss behandelt zu werden. Es war jetzt einfach mal ein Versuch, die Aufmerksamkeit zu gewinnen. Um wirklich bundesweit in großen Medien Beachtung zu finden, wären sicherlich 100 000 Unterstützer eine gute Marke. Ich vermute nicht, dass man auf formalem Weg mit dieser Petition Erfolg hat, sondern dass sich Verbände oder politische Gruppen dieses Ziel zu eigen machen und das Thema in den Vordergrund bringen müssen.

Auch das Umweltbundesamt, der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung, das Wuppertal Institut oder Umweltorganisationen wie Greenpeace diskutieren eine Ökologisierung der Mehrwertsteuer. Wäre es da nicht sinnvoll, ein breites Bündnis aufzustellen, um gemeinsame Forderungen politisch besser durchsetzen zu können?

- ▷ Ein eigener Internet-Auftritt für die Petition wäre wichtig, um das Anliegen zu verbreiten. Hierfür brauche ich noch geeignete Mitstreiter. Letztlich wäre es ideal, wenn das Thema kampagnenfähig wird, auch wenn es nicht den klassischen Kriterien entspricht. Es ist ja kein Thema, wo etwas unmittelbar Drohendes bevorsteht, wie etwa bei TTIP, und das gut dramatisch visualisierbar ist wie eine Ölkatastrophe. Spannend wäre aber, ob ein landwirtschaftlicher Verband oder zum Beispiel Greenpeace in der Lage wären, das Dilemma zuzuspitzen und politisch in die Diskussion einzubringen. □



Frithjof Rittberger ...

... ist 44 Jahre alt und Pfarrer in zwei ländlichen Gemeinden bei Tübingen. Vor dem Theologiestudium absolvierte er mehrmonatige Praktika bei landwirtschaftlichen Betrieben (bio und konventionell) sowie den Bauernschul-Grundkurs der Evangelischen Heimvolkshochschule Waldenburg-Hohebuch. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder.